Niederschrift

zur 11. öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Mudersbach

Sitzungstermin:	Donnerstag, 18.02.2016, 18:30 Uhr
Raum, Ort:	Bürgerhaus Birken, Alte Schulstraße 5, 57555 Mudersbach
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	21:10 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Maik Köhler - Ortsbürgermeister (CDU)

Erste/-r Beigeordnete/-r

Herr Bernhard Steiner - Erster Beigeordneter, zugl. RM (CDU)

Beigeordnete/r (kein RM)

Frau Renate Otto - SPD

Ratsmitglied

Herr Manfred Nebeling - CDU

Frau Britta Becher - CDU

Herr Hermann-Josef Gerhardus - CDU

Herr Walter Hauptmann - CDU

Herr Markus Köhler - CDU

Herr Gerd Kölzer - CDU

Herr Ulrich Merzhäuser - CDU

Frau Elisabeth Röttgen - CDU

Frau Veronika Schuhen - CDU

Herr Hans-Peter Vierschilling - CDU

Herr Karl Heinz Haepp - SPD

Herr Franz Bauschert - SPD

Herr Karl-Heinz Frettlöh - SPD

Herr Jürgen Görg - SPD

Herr Arnd Kretzer - SPD

Herr Matthias Mengel - SPD

Herr Christian Peter - SPD

Herr Harald Steffens - SPD

Herr Dr. Joachim Ullrich - SPD

Verwaltung

Herr Jens Stötzel - Bürgermeister

Herr VA Michael Schnittchen - Fachbereich 1.2

Entschuldigte Mitglieder

Ratsmitglied

Herr Thomas Helsper - CDU	entschuldigt
Herr Alex Schuhen - SPD	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

TOP 1:	Begrüßung und Feststellungen/Anträge zur Tagesordnung
TOP 2:	Personalsituation im Gemeindebüro
TOP 3:	Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 der Ortsgemeinde Mudersbach
TOP 4:	Einwohnerfragestunde gemäß § 16 a Gemeindeordnung (GemO) i. V. m. § 21 Geschäftsordnung (GeschO)
TOP 5:	Änderung der Eintrittspreise für das Naturfreibad "Schinderweiher"
TOP 5.1:	Änderung der Eintrittspreise für das Naturfreibad "Schinderweiher"
TOP 6:	Satzung über die Erhebung einmaliger Beiträge für den Ausbau öffentlicher Verkehrsanlagen
TOP 7:	Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die erstmalige Herstellung von Erschließungsanlagen
TOP 8:	Informationen der Verwaltung
TOP 9:	Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil:

TOP 1:	Feststellungen/Anträge zur Tagesordnung
TOP 2:	Informationen der Verwaltung
TOP 3:	Personalangelegenheit; Höhergruppierung der Kindertagesstättenleitung "Regenbogen" Mudersbach-Birken
TOP 4:	Verschiedenes

Protokoll

Öffentlicher Teil:

---

1 . Begrüßung und Feststellungen/Anträge zur Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Sitzungsteilnehmer. Gegen Form und Frist der Einladung werden keine Bedenken erhoben. Er bittet um Ergänzung des Tagesordnungspunktes (2) „Personalsituation im Gemeindebüro“. Die Ergänzung der Tagesordnung erfolgt einstimmig. Es wird die Beschlussfähigkeit des Ortsgemeinderates festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig	Ja – Stimmen	Nein – Stimmen	Stimmenthaltungen
X	X		

---

2 . Personalsituation im Gemeindebüro

Ratsmitglied (RM) Haepp informiert über die vergangene Haupt- und Finanzausschusssitzung in der er gebeten worden sei, in der heutigen Sitzung Stellung als „Ratsältester“ zum Thema Personalsituation im Gemeindebüro zu beziehen. Er erklärt, dass der Rat sauer sei, da eindeutige Vorgaben des Verbandsgemeinderates und des Ortsgemeinderates in Bezug auf eine ausreichende und geeignete Personalaufstellung in den Gemeindebüros nicht umgesetzt worden seien. Er habe den Eindruck, dass Bürgermeister (BM) Stötzel versuche, durch Aufgabenverlagerung und unzureichende Besetzung, die Gemeindebüros auszutrocknen. Mit Verweis auf die vergangene HFA-Sitzung, in der sich die Ausschussmitglieder einig darüber gewesen seien, dass die Thematik nunmehr beendet werden müsse, trägt RM Haepp aus diesem Grund nachfolgenden Beschlussvorschlag vor. Die Stellungnahme von RM Haepp ist dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

BM Stötzel erwidert, dass es nicht seine Absicht sei, die Gemeindebüros zu schließen. Er führt aus, aus welchen Gründen die Thematik Besetzung der Gemeindebüros und hiermit verbundene Personalbedarfsanpassungen zu seinem Thema geworden seien und verweist auf entsprechende Prüfungen und Vorgaben von Kommunalaufsicht und anderen Prüfungsämtern. Des Weiteren verweist er auf die bereits, an die VG-Verwaltung, übergegangene Aufgabenwahrnehmung im Bereich des Bestattungswesens und des Sitzungsdienstes. Abschließend erläutert er, dass der Beschluss eigenes Verwaltungspersonal beschäftigen zu wollen, rechtswidrig sei. BM Stötzel wirft dem Ortsgemeinderat vor, dass aus dessen Reihen Details zu Krankheiten bzw. Krankengeschichte eines Mitarbeiters an die Siegener Zeitung weitergegeben worden seien. Ortsbürgermeister (OB) Köhler und Ratsmitglieder weisen diese Unterstellung vehement zurück.

OB Köhler bezeichnet die personelle Besetzung des Gemeindebüros als unbefriedigend. Zeitweise sei das Gemeindebüro gar geschlossen gewesen, da kein Personal zur Verfügung gestanden habe. Er weist wiederholt darauf hin, dass der Bürger sich einen Ansprechpartner vor Ort wünsche. Die Bürger identifizieren sich mit der Ortsgemeinde. Im Rahmen der Infrastruktur der Ortsgemeinde sehe er einen Ansprechpartner vor Ort, auch zur Unterstützung des ehrenamtlichen Ortsbürgermeisters für unabkömmlich. Die Stellungnahme von OB Köhler ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

BM Stötzel berichtet über einen Lösungsvorschlag der bereits mit der Kommunalaufsicht abgestimmt sei. Er halte diesen Vorschlag für eine sehr gute Lösung für alle Beteiligten.

OB Köhler entgegnet, dass dieser Vorschlag auf Basis der E-Mail vom 09.02.2016 aus Sicht der Ortsgemeinde nicht akzeptabel sei, da darin lediglich eine tage- bzw. stundenweise Be-

setzung des Büros vorgesehen sei und BM Stötzel eine weitere Reduzierung auf 0,5 Personalstellen beabsichtige.

Im Weiteren kritisieren auch die RM Hauptmann, Gerhardus, Kölzer, Köhler und Frettlöh die Art und Weise des Umgangs von BM Stötzel mit der Ortsgemeinde und dessen gewählten Vertretern. Auch die Beigeordnete Renate Otto und der 1. Beigeordnete Bernhard Steiner zeigen sich zutiefst enttäuscht von BM Stötzel, im Besonderen auch von dem Gespräch am 22.09.2015. Hier bestehe ein totaler Vertrauensverlust gegenüber BM Stötzel.

Sodann trägt RM Haepp folgenden Beschlussvorschlag vor:

1. Im Stellenplan 2016 der Ortsgmeinde Mudersbach sind zur Besetzung der Gemeindebüros in Niederschelderhütte und in Mudersbach zwei halbe Stellen einzuplanen.
2. Die Besetzung obliegt dem Ortsbürgermeister.
3. Die Personalkosten sind im Haushaltsplan 2016 auszuweisen.

Die Beschäftigung des VG-Beschäftigten im Gemeindebüro soll entsprechend enden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig	Ja – Stimmen	Nein – Stimmen	Stimmenthaltungen
X	X		

---

3 . Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 der Ortsgemeinde Mudersbach

OB Köhler verweist auf die vorliegende Beschlussvorlage 2016/002-1-1-1. Er merkt die im Haushaltsplan unveränderten Hebesätze in der Ortsgemeinde Mudersbach an und appelliert zugleich an Bund und Länder die Finanzausstattung für die Ortsgemeinden zu verbessern. OB Köhler stellt sodann den Haushaltspan im Detail vor.

BM Stötzel stellt fest, dass die VG-Umlage in ihrer Höhe seit Jahren stabil sei, die Kreisumlage weiter ansteige. Er sei der Auffassung, dass man den negativen finanziellen Entwicklungen entgegenwirken müsse, um die folgenden Generationen vor einem zu hohen Schuldenstand zu schützen.

OB Köhler erklärt, dass die kommunalen Finanzen derzeit überall angespannt seien.

Für die CDU-Fraktion gibt Fraktionssprecher Manfred Nebeling eine Stellungnahme zum Haushalt ab. Dieser bedankt sich ausdrücklich für ehrenamtliches Engagement in den Vereinen und verdeutlicht wichtige Investitionen für Familien, Vereine und Infrastruktur.

Für die SPD-Fraktion spricht Fraktionssprecher Karl-Heinz Haepp. Herr Haepp begrüßt ebenso die Investitionen und geht ausführlich auf die Straßenerhaltungsmaßnahmen ein. Für seine Fraktion seien die Straßenerhaltungsmaßnahmen / Deckensanierungen von wichtiger Bedeutung. Herr Haepp bemängelt das steigende Haushaltsdefizit.

Die Ratsmitglieder sprechen sich für eine Ansatzänderung im Haushaltsplan 2016, bei Buchungsstelle 1.1.1.1.525430 von 70.000,00 € auf 10.000,00 € aus. Begründet liege die Ansatzreduzierung darin, dass die Beschäftigung des Verwaltungspersonals, welches im Gemeindebüro bis dato tätig gewesen sei, nunmehr gemäß Beschlusslage enden soll. Des Weiteren seien die Versorgungs- und Beihilfeleistungen eines ehemaligen Mitarbeiters im Gemeindebüro durch die Verbandsgemeinde zu tragen, da es sich um einen Mitarbeiter der Verbandsgemeinde gehandelt habe, welcher dementsprechend auch im Stellenplan der Verbandsgemeinde geführt worden sei.

Der Ortsgemeinderat der Ortsgemeinde Mudersbach beschließt die Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 unter Änderung der Ansatzhöhe bei Buchungsstelle 1.1.1.1.525430 in den Jahren 2016-2019 auf 10.000,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig	Ja – Stimmen	Nein – Stimmen	Stimmenthaltungen
X	X		

---

4 . Einwohnerfragestunde gemäß § 16 a Gemeindeordnung (GemO) i. V. m. § 21 Geschäftsordnung (GeschO)

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

---

5 . Änderung der Eintrittspreise für das Naturfreibad "Schinderweiher"

5.1 . Änderung der Eintrittspreise für das Naturfreibad "Schinderweiher"

OB Köhler verweist auf die vorliegenden Beschlussvorlagen 2016/003 und 2016/003-1.

Der Ortsgemeinderat beschließt die Anpassung der Eintrittspreise gemäß dem Vorschlag aus Beschlussvorlage 2016/003.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig	Ja – Stimmen	Nein – Stimmen	Stimmenthaltungen
X	X		

---

6 . Satzung über die Erhebung einmaliger Beiträge für den Ausbau öffentlicher Verkehrsanlagen

OB Köhler verweist auf die vorliegende Beschlussvorlage 2016/159-1.

Der Ortsgemeinderat beschließt die vorliegende Fassung der Satzung (vgl. Anlage zu Beschlussvorlage 2016/159-1).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig	Ja – Stimmen	Nein – Stimmen	Stimmenthaltungen
X	X		

---

7 . Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die erstmalige Herstellung von Erschließungsanlagen

OB Köhler verweist auf die Beschlussvorlage 2016/160-2.

Der Ortsgemeinderat beschließt die vorliegende Fassung der Satzung (vgl. Anlage zu Beschlussvorlage 2016/160-2).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig	Ja – Stimmen	Nein – Stimmen	Stimmenthaltungen
X	X		

---

8 . Informationen der Verwaltung

OB Köhler liegen keine weiteren Informationen vor.

9 . Verschiedenes

RM Haepp bezieht sich auf ein kürzlich stattgefundenes Gespräch mit Vertretern der Ortsgemeinde Brachbach hinsichtlich des Lastkraftwagenverkehrs in der Ortsdurchfahrt Brachbach und schlägt zur Entspannung der Situation eine neue Beschilderung vor. RM Steiner weist darauf hin, dass Beschilderungen an einer Bundesstraße grundsätzlich einer Genehmigung bedürfen.

BM Stötzel regt an über die gleichlautenden Straßennamen in den Ortsgemeinden Brachbach und Mudersbach zu sprechen. Eine entsprechende Änderung der gleichlautenden Straßennamen könne der Problematik entgegenwirken. Der Ortsgemeinderat ist sich einig, sich hierbei auf die Straßen „Industriestraße“ und „Bahnhofstraße“ zu konzentrieren. Ferner bittet der Rat die Verwaltung um Mitteilung, ob die Änderung der Postleitzahl bei einer der beiden betroffenen Gemeinden möglich sei und bittet um Meldung der zuständigen Stelle.

Sitzung des Ortsgemeinderates Mudersbach am 18.02.2016

Stellungnahme zum TOP: Personelle Besetzung der Gemeindebüros in Mudersbach

Ich bin in der letzten Sitzung des HFA gebeten worden, sozusagen als Rats-Ältester zu dem Thema in der heutigen Sitzung Stellung zu nehmen:

1. **Der Rat ist in hohem Maße sauer. Er ist sauer, weil der Verbandsbürgermeister sich nun schon seit langem in eine Angelegenheit unserer Gemeinde einmischt, die die gewählten Vertreter der Gemeinde im Interesse unserer BürgerInnen anders sehen und bewerten als der BM der VG.**

   Sie, Herr BM Stötzel, haben eindeutige Vorgaben sowohl vom VG-Rat als auch von uns: Die Gd-Büros in Nh und Mb sollen weiter bestehen bleiben und *ausreichend* mit *geeignetem* Personal besetzt werden.

   Warum verhindern Sie bisher, gerade die Personalfrage in vernünftiger Art und Weise zu lösen? Stattdessen arbeiten Sie nach unserem Eindruck darauf hin, die Gb durch Aufgabenverlagerung und unzureichende personelle Besetzung quasi faktisch „auszutrocknen".

   Wenn ich mir Ihre jüngsten Schr. vom 15. Jan. und 9. Feb. wegen der Krankheitsvertretung ansehe, dann kann ich nur mit dem Kopf schütteln. Offenbar haben Sie sehr viel Zeit, sich, aber vor allem die ehrenamtlichen Verwaltungen und Räte in den OG, mit Dingen zu befassen, die eigentlich - bei gutem Willen - ruck-zuck einvernehmlich erledigt werden könnten.

   - **Wenn Sie z.B. die Gb. als *Organisationseinheit der VG-Verwaltung* bezeichnen – was man trefflich auch bezweifeln kann –, wenn das aber so ist, dann „verstecken" Sie sich, wie im Schr. vom 15.01. deutlich wird, hinter möglicherweise fehlender Motivation Ihres Personals, Krankheitsvertretung in Mb zu machen. Das ist m.E. „an den Haaren herbeigezogen" und zeugt nicht von besonderer Führungsstärke des Behördenchefs.**

   - **Oder nehmen wir Ihre Presseerklärung am Karnevalsfreitag, die von Ihnen wohl als Satire gedacht war. Ich möchte dazu nur sagen: Ich habe nichts gelesen, worüber ich hätte lachen können! Eher hatte ich spontan etliche Adjektive im Kopf, und zwar von a) wie albern bis z) wie zynisch.**

   Ich kann nur appellieren: Hören Sie auf mit diesen Machtspielchen, sie führen zu keinen Lösungen zum Wohle unserer BürgerInnen. Es ist aber

unsere Aufgabe, das Beste für die Bevölkerung zu erreichen; dafür sind Sie und wir gewählt worden !

2. Wir alle waren in der letzten Hauptausschusssitzung der Meinung, dass das Gerangel um die personelle Besetzung unserer Gb ein für allemal beendet werden muss. Deshalb werde ich gleich einen Beschlussvorschlag vortragen, der dem Rechnung trägt, nämlich die Ausweisung e i n e r ganzen Stelle oder z w e i halben Stellen im Stellenplan der *Ortsgemeinde*. Das ist nach unserer Überzeugung nach der VV zu § 68 GemO rechtlich zulässig und z.B. im Falle Kirchen letztendlich von der Aufsichtsbehörde auch akzeptiert worden.

   Finanziell wird dadurch die Ortsgemeinde sogar entlastet gegenüber der bisherigen Lösung.
   Denn, und insoweit kann sich der Verbandsbürgermeister das meinetwegen sogar als Erfolgserlebnis mitnehmen: Unser Ortsbürgermeister hat ja sein Einverständnis erklärt, dass von den früheren 1 ¾ Stellen die ¾-Stelle eingespart werden kann – im HPI 2016 ist das ja schon entsprechend berücksichtigt.

3. *Beschlussvorschlag:*

   Der Ortsgemeinderat möge beschließen:

   1. Im Stellenplan 2016 der Ortsgemeinde Mudersbach wird für die Besetzung der Gemeindebüros in Niederscheiderhütte und Mudersbach e i n e Stelle eingerichtet, die in z w e i h a l b e Stellen geteilt werden kann.
   2. Die Besetzung obliegt dem Ortsbürgermeister.
   3. Die Personalkosten sind im Haushaltsplan 2016 auszuweisen.

Karl-Heinz Haepp
Sprecher der SPD-Fraktion

ORTSGEMEINDE MUDERSBACH (SIEG)
DER ORTSBÜRGERMEISTER

18.02.2016

Sitzung des Ortsgemeinderates, Personalsituation Gemeindebüros

Ich bin entsetzt. Entsetzt darüber mit welcher Ignoranz, Überheblichkeit und Aggressivität der Bürgermeister der Verbandsgemeinde gegen die Ortsgemeinde Mudersbach und letztendlich die Bürgerinnen und Bürger wirkt.

Seit Monaten beklagen wir einen unbefriedigenden Zustand für Bürgerinnen und Bürger in Birken, Mudersbach und Niederschelderhütte. Bürgerinnen und Bürger stehen vor verschlossenen Türen in den Büros. Dabei sind gerade die Gemeindebüros erste und wichtige Anlaufadressen für unsere Bürgerinnen und Bürger. Im Besonderen in einer Gemeinde mit rund 6.000 Einwohnern ist es notwendig, dass für die Bürger auch ein öffentlicher „sozialer Ansprechpartner“ zur Verfügung steht. In solchem einem Büro werden viele Dinge, auch für unsere vielen örtlichen Vereine, koordiniert. Gerade wir alle, die wir uns in den letzten Jahren und Jahrzenten für eine gute Infrastruktur mit Kitas, Grundschule, Ärzten, Sport- und Mehrzweckhallen, Sportplatz, Einzelhandel, Unternehmen, Freibad, Sprechstunden des Finanzamtes … eingesetzt haben. Und zu dieser Infrastruktur gehören eben auch verlässliche Öffnungszeiten in den Gemeindebüros. Hierzu gehören Mitarbeiter, die sich interessiert den Anliegen der Bürger widmen und diesen freundlich und hilfsbereit zur Seite stehen. Staat und Verwaltung können sich nicht immer weiter vom Bürger entfernen.

Im vergangenen Jahr sind die verbliebenen Mitarbeiterinnen der Gemeindebüros in Mudersbach und Niederschelderhütte ausgeschieden bzw. deren Ausscheiden war terminlich absehbar. Wir hatten daher um ein Gespräch mit Herrn Stötzel gebeten. Dieses fand am 22. September statt. Anfang August hatte ich um einen entsprechenden Termin gebeten. Die Beigeordnete Renate Otto, 1. Beigeordneter Bernhard Steiner und ich haben hieran teilgenommen.

Hüttenweg 2-4, 57555 Mudersbach, Telefon 0 27 1 / 35777, Telefax 0 27 1 / 356287, E-Mail: buergermeister@mudersbach.net

Wir haben sachlich um eine Lösung für die Besetzung der Gemeindebüros gebeten. Wir (BG und ich) waren der Meinung, dies könnte in einem Gespräch geklärt werden. Leider irrten wir uns. Wir erwarteten eine Besetzung, bei der die Gesamtstunden auf zwei Personen aufgeteilt werden. Unser Ansinnen war gemeinsam mit Herrn Stötzel eine Lösung zu finden. Hierbei sei angemerkt, dass das Personal zu diesem Zeitpunkt bereits von 2,0 auf 1,25 reduziert wurde. Für Herrn Stötzel war dies so nicht akzeptabel. Vielmehr forderte er eine weitere deutliche Reduzierung von Personal und Öffnungszeiten und somit eine weitere Reduzierung auf 0,75.
Es sei angemerkt, dass das Personal in den Gemeindebüros zwar formell durch die Verbandsgemeinde beschäftigt, jedoch durch die jeweilige Ortsgemeinde komplett bezahlt wird.

Dass dem VBM Stötzel bereits zu diesem Zeitpunkt eine Initiativbewerbung einer Bürgerin für das Gemeindebüro vorlag, verschwieg uns dieser.

Uns wurde durch den VG-BM kein Personal für unsere Büros zugewiesen. Also musste sich der Gemeinderat hiermit befassen. Durch Beschluss des Rates vom 01.10.2015 wurde der VG-Bürgermeister Stötzel aufgefordert, 1,25 Stellen zu besetzen.

Hierzu wurde durch uns ergänzend Folgendes schriftlich mitgeteilt – eigentlich eine Selbstverständlichkeit – sollte man meinen: „**Wir erwarten die Umsetzung des Beschlusses und bitten entsprechende Stellenausschreibungen kurzfristig zu veranlassen. Dabei bitten wir um gleichmäßige Aufteilung der Stunden auf zwei Mitarbeiter /-innen. Entsprechend bitten wir um Vorlage der Bewerbungen, damit hier gemeinsam mit den Beigeordneten eine Auswahlentscheidung getroffen werden kann.“.**

Ohne Abstimmung und Rücksprache mit der Ortsgemeinde erfolgte sodann durch Herrn Stötzel schriftlich zum 19.10 die Zuweisung eines Mitarbeiters. Diese Personalentscheidung wurde mit der OG nicht besprochen, obwohl die Ortsgemeinde bekanntlich 100 Prozent der Personalkosten erstattet.

Der zugewiesene Mitarbeiter ist nunmehr seit dem 11. Januar erkrankt.

Entsprechend habe ich Herrn Stötzel unmittelbar gebeten, eine Ersatzgestellung zu gewährleisten und Vertretungsregelungen für künftige Fälle zu finden.

Das Antwortschreiben von Herrn Stötzel vom 15.01.2016, welches jedem Ratsmitglied bekannt ist, musste ich mehrfach lesen.
So etwas habe ich hier in meinen 12 Jahren bisher noch nicht gelesen.
Inhaltlich und der Ton dieses Schreibens sind kaum zu fassen. Herrn Stötzel fehlt demnach jegliches Verständnis für die Forderung nach Personal**, um überhaupt ein Büro öffnen zu können.**

Ich bzw. wir seien immer noch der „**irrigen Annahme**“, dass in der Verwaltung Mitarbeiter beschäftigt würden, die nicht ausgelastet seien und noch dazu die Motivation hätten, als Springer von heute auf morgen in einem Gemeindebüro zu arbeiten. „Diesem Eindruck möchte ich hiermit **nochmals deutlich und nunmehr hoffentlich auch letztmalig entgegentreten**“, so Herr Stötzel.

Anders als andere Ortsgemeinden in der Verbandsgemeinde hätten wir es bis zum heutigen Tage vorgezogen, am „Status quo“ festzuhalten und diesen auch zu propagieren.

Der VG-Bürgermeister stellt für den Januar dann noch ein Vertretungsmodell mit einer Auszubildenden in Aussicht, das aber über den Monat hinaus nicht aufrechterhalten werden könne. In der Lokalpresse wiederholt Herr Stötzel seine bekannte Sichtweise, dass es den Mudersbachern zuzumuten sei, bis nach Kirchen zu fahren.

Weiterhin könne uns **maximal eine stundenweise Vertretung für ein max. 2 Tage in der Woche** zur Verfügung gestellt werden.

Und es ist eben nicht so, dass die Bürgerinnen und Bürger mal eben nach Kirchen fahren sollten. Dies mag für Sie akzeptabel sein, für mich ist es dies nicht.

Mit Schreiben vom 09.02 teilt Herr Stötzel dann mit, dass er das Personal für die Büros auf 0,5 Stellen reduzieren wird. Zunächst solle das Büro nunmehr drei Tage in der Woche öffnen.

Seit dem 05. Februar hat Herr Stötzel die stundenweise Entsendung einer Auszubildenden komplett eingestellt.

Vollkommen willkürlich präsentiert uns Herr Stötzel alle paar Wochen einen neuen Personalschlüssel

Bachmann – Gutachten	1,05
September 2015	0,75
Februar 2016	0,50

Ich möchte mal verdeutlichen über welchen Haushaltsansatz wir hier überhaupt reden. Eine Personalstelle für die Gemeindebüros schlägt mit etwa 40.000 Euro zu „Buche“. Somit beschäftigen wir uns bei einem Ausgabevolumen im HH 2016 von 10,5 Mio. Euro (incl. Investitionen) hier seit Monaten mit ca. 0,4 Prozent der jährlichen Ausgaben.

Sehr geehrter Herr Stötzel, Sie betreiben wahrlich keine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Mandatsträgern. Dies gilt in Ihrer Heimatgemeinde genauso wie in anderen Ortsgemeinden, der Stadt und dem VGR.

In der Vergangenheit war es so, dass die VG-Bürgermeister die Interessen der Gemeinden vertreten haben und sich nicht als Rechnungshof und Kommunalaufsicht in einer Person darstellten. Vielmehr vertraten Ihre Vorgänger die gemeindlichen und Bürgerinteressen gegenüber dem Prüfungsamt und der Kommunalaufsicht.

Maik Köhler

SPD-Fraktion im Ortsgemeinderat Mudersbach

Karl-Heinz Haepp
Fraktionssprecher

18.02.2016

Etat-Rede 2016

Meine Vorredner haben Ihnen ja schon einen Überblick über das diesjährige Zahlenwerk gegeben. Ich möchte mich deshalb auf einige Schwerpunkte beschränken.

Das Gesamtdefizit im Ergebnisplan mit rd. 1,5 Mio € ist wohl Rekord in der Bürgermeister-Ära „Köhler". Rd ein Fünftel des ordentlichen Finanzbedarfs ist durch ordentliche Erträge nicht gedeckt. Die Gemeinde muss ihr Giro-Konto quasi um diese Summe überziehen und dafür Zinsen zahlen. Im Privathaushalt wäre das unweigerlich der Fall einer Insolvenz!

Dabei ist es ja nicht so, dass am Ende eines Jahres diese Schulden einfach verschwinden, vielmehr addieren sie sich zu den noch nicht getilgten Liquiditätskrediten aus den Vorjahren, und da kommen wir am Ende des Jahres 2016 auf die stolze Summe von rd. 6 Mio €. Rechnet man die Schulden aus Investitionskrediten hinzu, dann stehen wir Ende 2016 bei rd. 15 Mio Euro Gesamtschulden, rd. dem 2-fachen unseres Jahresetats.

.

Besserung ist nicht in Sicht, m.D.u.H. Deshalb sollten wir unserem Ortsbürgermeister raten, eine Schuldnerberatung aufzusuchen, vielleicht haben die ja Tipps für eine „wundersame Geldvermehrung"!

Man könnte aber auch an echte Steuererhöhungen denken in Form von Erhöhung der Hebesätze. Abgesehen von zusätzlicher Belastung unserer Bürger, haben wir uns gefragt: Was würde das unterm Strich für unseren Gemeinde-Haushalt bringen? Denn von jedem Euro Mehreinnahmen bei der Grund- und Gewerbesteuer gehen über 75 Cent in die Umlagen an die Verbandsgemeinde und den Kreis.. Und was machen die damit, fragt man sich ja immer wieder auf der örtlichen Ebene. Nur Gutes und Notwendiges, wird man als Antwort bekommen. Allerdings lehrt mich meine jahrzehntelange Erfahrung: Je höher die Ebene und je weiter man weg ist vom Steuer-Bürger, desto leichter fällt i.d.R. die Entscheidung, die Umlage-Schraube noch etwas fester anzuziehen.

Nehmen wir z.B. die Umlage an die Verbandsgemeinde: Da hatte der BM zunächst eine kräftige Erhöhung vorgeschlagen, obwohl die VG aus den Überschüssen aus Vorjahren noch einen beträchtlichen Rücklagenbestand hat und für nicht besetzte Stellen Personalkosten recht großzügig veranschlagt waren.

Ähnlich scheint es wohl beim Kreis zu sein, wo man über 50 nicht besetzte Stellen ausgewiesen, und, wie man hört, auch im Haushalt finanziert hat.

Nun fragt man sich natürlich, kann man denn in der Gemeinde nicht auf der Ausgabenseite sparen ? „Ja, aber .....", lautet dann die Antwort. Denn es gibt eine Reihe von gemeindlichen Einrichtungen und Leistungen, an die man sich gewöhnt hat und die in der Bevölkerung als notwendig empfunden werden. Wer möchte z.B. an den Turnhallen rühren? Oder an den Gemeindebüros ? Oder den Schinderweiher missen? Oder die ausgezeichneten Kitas in Angebot und Ausstattung schmälern? Oder die Unterhaltung und Pflege der Friedhöfe vernachlässigen?

Dennoch: Die überaus prekäre Haushaltslage wird alle Verantwortlichen über kurz oder lang zwingen, bei den Einnahmen und Ausgaben deutliche Verbesserungen zu finden, und ich hoffe, dass dabei unser Ortsbürgermeister mit guten Vorschlägen vorangehen wird.

Zu den **Investitionsmaßnahmen** möchte ich nur die **Gemeindestraßen** herausgreifen. Über andere Investitionen, wie z.B. zusätzliche Planungskosten für den Dammicht-Sportplatz und Mehrkosten für die Turnhalle in Niederschelderhütte, wird ja noch im Bauausschuss zu reden sein

Um den in der über 10-jährigen „Köhler-Herrschaft" aufgelaufenen Sanierungsstau abzubauen, fordern wir als SPD-Fraktion seit Jahren, marode Straßen in einem vereinfachten Verfahren zu sanieren, und zwar zu Kosten von etwa 20-40 € je qm. Diese Art der Sanierung wäre kein Ausbau, sondern würde rechtlich der Erhaltung zugerechnet und wäre damit für die Anlieger beitragsfrei. Bei einem Ausbau im Sinne des Anlieger-Beitragsrechts kann man mit Kosten von 120 bis150 €/qm rechnen, teilweise auch darüber, z.B. wenn Stützmauern notwendig werden. An den Gesamtkosten würden dann die Anlieger mit 40-60 % beteiligt.

Der Ortsgemeinderat hat sich mehrmals seit 2011 einstimmig für die Umsetzung unseres Vorschlages ausgesprochen, allein, es fehlte dazu bisher die ernsthafte Bereitschaft im Kirchener Bauamt. Und so kam dann auf der als Teststrecke gedachten oberen Giebelwaldstraße das heraus, was in der Zeitung im Hinblick auf die dilettantische Ausführung „Schilda in Schelderhütte" bezeichnet wurde.

Um es kurz zu machen. Eine kleine Arbeitsgruppe der beiden Fraktionen und der Ortsbürgermeister haben nunmehr mit einem neutralen Fachmann weitere „Teststraßen" besichtigt, und zwar die Jahnstraße in Niederschelderhütte, den Hohlweg in Mudersbach und den Marienweg in Birken. Es wurden praktikable und kostengünstige Möglichkeiten aufgezeigt, wie diese Straßen saniert und für einen langen Zeitraum erhalten werden können. Unsere dringende Bitte geht jetzt zum Bauamt nach Kirchen und den Verbandsbürgermeister: Torpedieren Sie diese Maßnahmen nicht, indem Sie die Wirtschaftlichkeit oder Machbarkeit anzweifeln. Wenn der zuständige Ingenieur meint, die Verantwortung nicht übernehmen zu

können, dann würde ich dafür plädieren, dass die Ortsgemeinde das in eigener Regie macht.
Mein Appell geht auch an den Ortsbürgermeister: Nach § 47 GemO obliegt dem Bürgermeister auch die Ausführung der Beschlüsse des Gemeinderates und der Ausschüsse. Ich kann Sie hier nur auffordern: Walten Sie Ihres Amtes und setzen Sie sich durch!
Im Übrigen würden wir es begrüßen, wenn sich der 1. Beigeordnete, Herr Kipping, zu dessen Ressort ja der Straßenbau in den Ortsgemeinden gehört, mit unseren Problemen und Lösungsvorschlägen intensiv befassen und möglichst auch an den Sitzungen unserer Gremien teilnehmen würde.

Lassen Sie mich jetzt noch kurz zwei Themen ansprechen, die nur mittelbar etwas mit unserem Haushalt zu tun haben, aber für die Gemeinde bedeutsam sein können:

Im Verbandsgemeinderat hat die CDU-Fraktion eine **Start-Up-Initiative** gestartet. Der VGR hat dem im Grundsatz zugestimmt, weil es eine gute Sache ist. Eine Anschub-Finanzierung von 20.000 € ist im VG-Haushalt eingestellt. Wenn es nun darum geht, geeignete Räume für junge Existenz- bzw. Betriebsgründer zu finden, sollte unsere Ortsgemeinde „hier" rufen, denn in Mudersbach und Niderschelderhütte gibt es davon genügend. Und wenn, wie in den Beratungen argumentiert wurde, eine gute Verkehrsanbindung und die Nähe zur Uni Siegen sehr wichtig sind, dann ist Nh als Standort geradezu ideal. Deshalb, Herr Ortsbürgermeister, heben Sie die Hand, wenn in Ihrer VG-Fraktion das Thema weiter behandelt wird!

Das zweite Thema sind die geplanten 200 m hohen **Windkraft-Industrieanlagen im Giebel- und im Höhwald.** Hierzu hat ja der Gemeinderat am 19.12.2013 einstimmig seine Ablehnung beschlossen. Wer nun glaubt, damit wäre das Thema vom Tisch, kann böse enttäuscht werden. Denn der Beschluss ist weder bindend für etwaige Investoren, noch für die zuständige grüne Ministerin Lemke, die ja in ihrem missionarischen Eifer bedenkenlos die Wälder rings ums Siegtal mit den Monster-Anlagen zupflastern würde. Das beweist eine von ihr unterschriebene Antwort vom 16.02.2014 an einen heimischen LT-Abgeordneten . Darin heißt es wörtlich: „In der diesem Schreiben beigefügten Tabelle erhalten Sie die gewünschte Auskunft über die Standortauflistung der geplanten Windenergieanlagen im Landkreis Altenkirchen". Und in dieser Liste sind allein 24 Anlagen, die der Ortsgemeinde Mudersbach zugeordnet sind, und 16 in der Stadt Kirchen.
Das maßgebliche rechtliche Instrument zur möglichen Verhinderung dieser Anlagen, ist allein der Flächennutzungsplan, der bekanntlich derzeit im Änderungsverfahren bei der Verbandsgemeinde Kirchen ist. Wir können nur hoffen, dass nach Beendigung dieses Verfahrens der Bau von Windkraftanlagen in unseren Wäldern rechtlich nicht zulässig sein wird. Was aber jenseits der VG-Grenzen geplant und gemacht wird, wissen wir nicht. Besorgnis ist aber angebracht.

Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt 2016 zustimmen.